

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/116

Bad Godesberg, den 22. Juni 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Klare Verhältnisse</u> Der demokratische Staat und seine Beamten	39
2	<u>H-Zähne des "Papiertigers" verändern die Welt</u> Bisherige Konstellation gründlich zerstört Von Dr. Karl Heinz Drenhaus	55
3	<u>Deutsche Gymnasien in Not</u> Zu wenig Lehrer - zu wenig Klassenräume	46
4	<u>Der Korridor von Brück</u> Großes Bauvorhaben und der Abbau von Alt-Brück Von Egon Valentin, Prag	44
<u>ANFANG:</u>		
1 - 2	<u>"Bund der Konsumgenossenschaften"</u> Alfred Nau zum Zusammenschluß der Konsumvereine	63

* * *

Klare Verhältnisse

Der demokratische Staat und seine Beamten

sp - Seit Bildung der neuen Bundesregierung entwickelt sich in zahlreichen Ämtern der Bundesverwaltung, aber auch bei Institutionen, die öffentlich-rechtlichen Charakter haben, ein merkwürdiges Spiel. Die CDU/CSU, die seit fast zwei Jahrzehnten die Regierungsspitze stellte, und infolgedessen den Beamtenapparat in einem erheblichen Umfang mit Personen besetzte, die ihr parteipolitisch genehm waren, entdeckt plötzlich, daß die meisten ihrer Parteifreunde völlig unpolitische Beamte sind, und in keiner Weise mit den bisherigen Regierungsparteien in Verbindung gebracht werden können. Sobald jetzt an irgendeiner Stelle ein Bewerber auftritt, der sich zur SPD bekennt, hängt man ihm sofort eine aus unseligen Zeiten bekannte Bezeichnung an, und zwar auch dann, wenn seine Qualität außer Zweifel steht. Im übrigen aber werden politisch notwendig erscheinende Veränderungen mit Hinweisen auf nichtverwendbare Planstellen oder mit dem Zwang zur Sparsamkeit blockiert.

Was in jedem anderen Staat mit einer parlamentarischen Demokratie möglich ist und für selbstverständlich gehalten wird, glaubt man in der Bundesrepublik nicht tun zu dürfen oder nicht tun zu können.

Selbstverständlich soll an Beamtenrechten nicht gerüttelt werden. Es ist aber zweifelhaft, ob eine fast gleichgewichtig zusammengesetzte Regierung reibungslos funktionieren kann, wenn ein Partner nicht in der Lage sein sollte, die ihm zur Verfügung stehenden Instrumente so einzusetzen, daß auch eine gleichgewichtige Vertrauensgrundlage geschaffen wird.

Wir haben schon immer gewußt, daß die langjährige Beherrschung des Staates durch die CDU/CSU bei einigen Anhängern dieser Parteien dazu führte, sich selbst mit dem Staat zu identifizieren. Bis man diese Fehleinschätzung der eigenen Position und des eigenen Wertes innerlich und äußerlich überwindet, wird noch manches Vorurteil beseitigt werden müssen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist seit ihrer Existenz - als Regierungs- oder als Oppositionspartei - ein Teil des Staates in dem und für den sie wirkt. Der SPD angehörende Beamte sind bei entsprechender fachlicher Qualifikation genauso berufen, den Staat zu verwalten wie jedes Mitglied einer anderen nachweislich demokratischen Partei. Auf die Dauer würde der demokratische Staat Schaden erleiden, wenn dieser Grundsatz nicht sehr bald allgemein anerkannt wird.

H-Zähne des "Papiertigers" verändern die Welt

Bisherige Konstellation gründlich zerstört

Von Dr. Karl Heinz Drenhaus

Jahrelang hörten wir beschwichtigende Versicherungen, daß das von "Großen Sprung nach vorn" und der Kulturrevolution" anscheinend geschützte Riesenreich Kaos noch weit davon entfernt wäre, zu den technologischen und militärischen Supermächten aufzuschließen. Schneller als geplant, erhellten die künstlichen Sonnen von zwei A- und einer H-Bombenexplosion eine gespenstische Szenerie. Nun versuchen die gleichen Augen, uns damit zu beruhigen, daß es bis zur serienreifen Entwicklung von entsprechenden Trägermitteln noch sehr viel Zeit brauche. Warum sollten diese ihre Versicherungen beruhigender wirken als jene, mit denen sie schon einmal einem folgenschweren Irrtum aufgesessen sind?

Der Abbruch der technologischen Hilfe durch die Sowjets und das Hersushalten Rotchinas aus der UNO durch die westliche Welt, waren - wie wir heute wissen - stumpfe Waffen. Wir erleben wieder einmal, daß das offenbar technologische Gesetz, demzufolge bei einem entscheidenden Durchbruch an e i n e r Stelle das Nachzöher an einer a n d e r e n unverhältnismäßig schneller vor sich geht, sich erneut bewahrheitet hat. Dieses Gesetz dürfte aber nicht nur für die große Bombe gelten, sondern auch für die Erfindung und serienmäßige Fertigung von entsprechenden Trägermitteln.

Die bisherige Konstellation, in der zwei Supermächte, ausgestattet mit einer mehrfachen "Overkillkapazität", der Menschheit einen wenn auch labilen Friedenszustand gewährten, dürfte nicht mehr von langer Dauer sein. Die Tatsache, daß man von dem Dritten im Bunde die in Gefolge von Technisierung und Industrialisierung auftretende Rationalisierung der politischen und militärischen Führung kaum schon wird erwarten können, ist sicherlich alles andere als beruhigend. Hysterie und Kurzschlusshandlungen erscheinen wieder als mögliche Menetekel.

Die politische Landschaft des bisher sorgsam abgegrenzten Globus wird in Zukunft nicht mehr die alte sein: NATO und Warschauer Pakt, ohnehin schon von Erosionserscheinungen befallen, werden ihren Standort und ihre Strategie neu zu bestimmen haben. Die Verhältnisse in den Ländern der Dritten Welt werden noch labiler und undurchschaubarer werden. Was bleibt, ist das Primat der an Friedenssicherung und -erhaltung, an Entspannung und Entkrampfung orientierten Politik als einzig mögliche Alternative für alle. Für alle, die überleben wollen! + + +

Deutsche Gymnasien in Not

Zuwenig Lehrer - zuwenig Klassenräume

sp - Die Kultusminister der deutschen Bundesländer haben 1963 Zielwerte festgelegt. In den folgenden Jahren warben sie dafür, daß immer mehr Kinder die Gymnasien besuchten. Die industrielle Massengesellschaft von heute benötigt mehr Abiturienten und Akademiker, um die komplizierten Verwaltungen und Industrien in Gang zu halten.

Den gesteckten Zielen hat man sich indessen nicht nur nicht genähert, sondern davon entfernt. Einzelstatistiken belegen das. Die Kultusminister wünschten, daß schon 1970 die Klassenfrequenz zwischen 20 und 24 Schüler in Oberschulen beträgt. Die tatsächliche Schülerzahl hat sich aber von 1963 bis 1965 von 27,2 auf 27,6 erhöht und steigt weiter an.

Bei der Lehrerzahl klaffen Planung und Wirklichkeit noch stärker auseinander. Auf jeden Lehrer sollten nach den Vorstellungen der Kultusminister zwischen 10,5 und 14,1 Schüler kommen. Demgegenüber wuchs die Schülerzahl bezogen auf den Lehrer von 18 auf 19,6. Für jede Oberschulklassen sollten 1970 im Durchschnitt 1,7 bis 1,9 Lehrer kommen. Aufgrund des Mangels an Gymnasiallehrern sank die Zahl aber von 1,5 auf 1,4.

Die Konsequenz aus diesen Statistiken lautet: Der Fehlbestand an Klassenräumen betrug 1965 bereits 5 349, der an Lehrern 17 905. Bleibt es bei der bisherigen Entwicklung, wird es ohne Übertreibung 1970 an unseren Gymnasien so etwas wie eine "Bildungskatastrophe" geben. Wir werden dann rund 30 000 Gymnasiallehrer und 17 000 Klassenräume an unseren Oberschulen zuwenig haben. Das sind in der Tat alarmierende Fakten.

Das Bestürzende dabei ist, bis 1970 kann man allenfalls noch Klassenräume in Fertigbauweise erstellen, Oberschullehrer jedoch können bis dahin nicht in ausreichendem Umfange "produziert" werden. Die Entwicklung ist, weil die Bevölkerung der Empfehlung, mehr Kinder in die Gymnasien, folgte, über uns hinweggerollt.

Für den Beruf des Gymnasiallehrers kann eine Reihe von Anreizen geschaffen werden. Eine bessere Bezahlung der Referendare war längst erforderlich. Es wird aber auch ganz einfach notwendig sein, in die Oberschulklassen in zunehmendem Maße "Außenseiter" zu schicken. Es wäre gut, wenn die Kultusminister der Länder sich auf ihrer nächsten Tagung hierüber unterhielten und vor allem gemeinsame und verbindliche Richtlinien festlegten, nach denen unter liberalen Gesichtspunkten wieder genügend Oberschullehrer, vor allem für die naturwissenschaftlichen Fächer, bereitstehen.

Es ist gesagt worden, soviel Abiturienten und Doktoren wie in den folgenden Jahren "produziert" werden sollen, werden nicht benötigt. Das ist falsch. Vergleiche mit den anderen großen Industriestaaten zeigen das. Vor allem aber hat nach dem Grundgesetz jedermann Anspruch auf die für ihn beste Schulbildung. Nach diesen Gesichtspunkten hat sich der Bau von Klassenräumen und die Ausbildung von Gymnasiallehrern zu orientieren.

Der Korridor von Brüx

Großes Bauvorhaben und der Abbau von Alt-Brüx

Von Igor Valentin, Prag

Die alte Bergarbeiterstadt Brüx in Nordwestböhmen, Zentrum des gleichnamigen und größten Braunkohlenreviers in der CSSR, muß dem Bergbau ihre historische Altstadt opfern. Hochwertige Braunkohle liegt nur einige Dutzend Meter unter den Häusern der jahrhundertealten Stadt, wo die Braunkohle im Tagebau gefördert wird. Seit Jahren ist Neu-Brüx im Südosten auf- und ausgebaut worden, das nun zum neuen Stadtzentrum werden wird. Die Dekankirche in Alt-Brüx, eines der bedeutendsten gotischen Baudenkmäler Böhmens, wird an den Rand des geplanten Groß-Tagebaus verschoben. Mit dem Abbruch der ersten alten Häuserzeilen im Nordosten der Stadt wurde bereits begonnen.

Die alte Stadt ist ein wichtiger Eisenbahn- und Straßenverkehrsknotenpunkt. Durch die Brüxer Altstadt führt die Schnellbahn von Neu-Brüx nach Leutensdorf und zu den Chemischen Werken in Malthauern. Das alte Stadtgebiet wird von der Biela durchflossen. Die Altstadt von Brüx war bisher die Kreuzungstelle für alle unter- und oberirdischen Versorgungseinrichtungen der Stadt; zwischen den Vororten und den Randgebieten, für Wasserleitungen und Kanalisation, für Licht- und Stromversorgung sowie das Telefonnetz. Das alles muß so verlegt werden, daß das Leben in Neu-Brüx und dem verbleibenden Stadtrandgebiet ungehindert weitergehen kann, daß der Abbau von Alt-Brüx und der Beginn der Kohlenförderung nicht gestört werden.

Die Konzeption für die Umleitungen und Verlegungen führt die Bezeichnung "Brüxer Korridor" (Mostecký Koridor). Dieser Korridor, ein bisher einmaliges Vorhaben in Mitteleuropa, wird in einem breiten und tiefen Erdschnitt bei der Ortschaft Rudelsdorf a.d. Biela am Rande des Brüxer Stadtgebiets beginnen, am dem Alt-Brüx beherrschender Schloßberg mit der Landeswarte vorbeiführen (oder den Schloßberg in einem breiten Tunnel unterführen) und bei der Ortschaft Tschausch enden.

Die Trasse des "Brüxer Korridors" in der vorgesehenen Richtung Rudelsdorf-Tschausch, sichert in erster Linie die Schnellbahnverbindung nach Leutensdorf (Malthauern), die Verlegung des Flußlaufs der Biela, die Bahnverbindung nach Komotau (und ins Egertal) nach Teplice (über Leutensdorf) sowie die Fernverbindung zwischen Leutensdorf (Erzgebirge) und Pilsen (Westböhmen). Die Unterbrechung der über Brüx führenden Bahnlinie von Aussig nach Komotau mit der Kreuzung durch die Bahnlinie von Obernitz (aus Prag) nach Leutensdorf hat zur Folge, daß der heutige Brüxer Bahnhof und ein Teil seiner Geleisanlagen abgebrochen werden muß. Der Bahnhof muß weiter nördlich verlegt und mit nötigen Straßenanschlüssen versorgt werden.

Die Straße durch den Korridor wird als Autobahn ausgebaut. Der Bau des Korridors erfolgt in drei Etappen. Er muß den Anforderungen zum Abbau von Alt-Brüx gerecht werden. Bis 1973 (einschließlich der Elektrifizierung der Bahnführungen) soll das Projekt fertiggestellt werden.

"Bund der Konsumentenvereine"

Alfred Nau zum Zusammenschluß der Konsumvereine

- * Das Geschäftsführende Mitglied des Präsidiums der SPD, *
- * Alfred Nau, machte auf der Konsumentenvereine- *
- * lichen Jahrestagung und der GEG in Bonn Ausführungen, *
- * die wir wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung im Auszug *
- * veröffentlichen. *

Die Redaktion

* * *

"... Sie und wir streben nach einer gesellschaftlichen Ordnung, in der nicht der Mensch der Wirtschaft, sondern umgekehrt, die Wirtschaft dem Menschen dient... Wir haben mit großem Interesse Ihr Bemühen verfolgt, in den Nachkriegsjahren die unter dem Nationalsozialismus zerstörte Organisation wieder aufzubauen und ein Verteilungsnetz zu erstellen, das den modernen Ansprüchen einer vielfältigen und reichhaltigen Warenproduktion und gesicherter optimaler Versorgung genügt. Sie mußten - wie wir - zunächst aus dem Nichts heraus beginnen. Sie haben sich mühsam aus den freiwilligen Opfern Ihrer Mitgliedschaft bis in Ihre jetzige gesellschaftliche und verteilungspolitische Position hochgearbeitet. Auch hier sehen wir vergleichbare Züge in unserer eigenen Entwicklung. Es ist Ihr besonderes Verdienst, damit nicht nur einen Wiederaufbau vollzogen zu haben, sondern auf dem Gebiet der modernen Warenverteilung Musterbeispiele gesetzt zu haben, ja, Sie waren in Deutschland die Schrittmacher moderner Verteilungsmethoden.

Doch auch modernste Betriebe und Organisationen drohen im Tempo der Entwicklung zurückzubleiben, wenn ihnen aus der Größe Ihrer Organisationen oder Organisationsteile nicht die Kraft erwächst, Schritt zu halten oder gar Schrittmacher zu sein. Es ist unserem aufmerksamen Interesse für Sie nicht entgangen, daß dieser Kongreß in Bonn als der bedeutendste der Nachkriegsjahre angekündigt worden ist.

- * Den Zwang der Zeit gehorchend, in der nur der Starke besteht, *
- * streben auch Sie nach Konzentration Ihrer Kräfte, um das ge-

- * meinsamen Zieles wissen, daß Sie und wir uns gesetzt haben.
- * Sie strafen damit zum Teile jene Propheten Lügen, die den
- * Verbraucher nicht für organisierbar und aktionsfähig halten
- * und sorgen dafür, daß der angeblich "vergessene Wirtschafts-
- * partner" nicht in Vergessenheit gerät. Durch diese Konzentra-
- * tion ihrer Kräfte in einem neuen "Bund der Konsumgenossen-
- * schaften" - der Sie nicht nur zur Pflege besserer und neuer
- * Verteilungsmethoden, besserer und billigerer Produktion und
- * besserer Rentabilität befähigen sollte - erwächst Ihnen aber
- * auch die Verpflichtung zu einer neuen und überzeugenden Dar-
- * stellung, sowohl der Kraft der Genossenschafts-Idee als auch
- * des Anspruchs der Verbraucher an unsere gesellschaftliche
- * Ordnung.

Wir wissen sehr wohl, daß die Genossenschaften, in verkannter Einschätzung ihrer wirklichen Funktion als Selbsthilfe der Genossen, von manchem für konkurrierende Großfilialisten gehalten werden. Mit Ihnen gemeinsam haben wir - leider manchmal vergeblich - Bemühungen abzuwehren gesucht, sie unter steuerliche oder gesellschaftsrechtliche Sonderregelungen zu stellen. Man wollte oft nicht verstehen oder wahrhaben, daß die Tätigkeit der Genossenschaften Selbsthilfe der Genossen und - bei natürlich notwendiger Rentabilität der Unternehmen - nicht vordringlich auf Gewinnmaximierung gerichtet ist.

Um das aber glaubhaft vor der Öffentlichkeit und Gesetzgeber zu vertreten, können die Genossenschaften sich nicht nur auf bestmögliche, billigste Versorgung durch eigener Vertrieb und vielleicht durch eigene Produktion beschränken. Sie müssen auch, und nicht nur gelegentlich, ihren ethischen und gesellschaftspolitischen Zielen vor der Öffentlichkeit Ausdruck verleihen. Und Sie werden dann sehen, daß wir uns in den weitaus meisten Fällen auf der gleichen gesellschaftsrechtlichen und sozialen Ebene bewegen; zum Nutzen des schwächsten Wirtschaftspartners und zugleich größten Teiles unserer Bevölkerung, für dessen Wohl und Aufstieg wir uns gemeinsam verpflichtet fühlen..."